



Linke Tasche – rechte Tasche

Der Deutsche Bundestag, das größte demokratisch gewählte Parlament der Welt, soll verkleinert werden. An diesem Plan haben sich schon viele Bundestagspräsidenten die Zähne ausgebissen. Die Ampel will es nun anpacken. Geld soll auch gespart werden, indem man Alt-Kanzler **Gerhard Schröder** das Büro im Bundestag einschließlich Mitarbeiter und Dienstwagen streicht, weil er nur noch als hochbezahlter Lobbyist, nicht aber als Vertreter unseres Landes unterwegs ist. Die Mitarbeiter von Schröder haben sich ohnehin schon versetzen lassen. Sein Büro steht leer. Es könnte also viel Geld gespart werden.

Der Freude entgegen steht ein Artikel in der BILD-Zeitung, wonach 79 neue Mitarbeiterstellen im Bundestag eingerichtet werden sollen. Geschätzte Mehrkosten pro Jahr: Drei Millionen Euro. Mehr als 3.000 Leute sind beim Bundestag beschäftigt.

„Abgeordnete können ihre Mandatsaufgaben nicht allein bewältigen.“, steht auf der Internetseite des Bundestages. „Deshalb stehen ihnen derzeit (Stand: 1. April 2022) für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie bei der Erledigung ihrer parlamentarischen Arbeit unterstützen, monatlich 23.205 Euro zur Verfügung.“ Wie sie das Geld auf wie viele Mitarbeiter aufteilen, ist ihre Sache. Die „Entschädigung“, die ein Bundestagsabgeordneter erhält, beträgt monatlich 10.012,89 Euro, die versteuert werden müssen.

„Zur Entschädigung kommt eine steuerfreie Aufwandspauschale als Teil der so genannten Amtsausstattung hinzu. Diese Pauschale wird jährlich zum 1. Januar an die Lebenshaltungskosten angepasst und liegt derzeit bei 4.583,39 Euro monatlich. Davon müssen alle Ausgaben bestritten werden, die zur Ausübung des Mandates anfallen: vom Wahlkreisbüro über den zweiten Wohnsitz in Berlin bis hin zum Büromaterial im Wahlkreis sowie Kosten der Wahlkreisbetreuung.“ Obendrauf kommen noch ein paar Sahnehäubchen, wie zum Beispiel eine BahnCard 1. Klasse. Freie Fahrt für freie Abgeordnete. Und wenn es dann sein muss und der Sache dient, darf auch geflogen werden, im Inland, versteht sich. Dienstreisen im Interesse der Bundesrepublik Deutschland werden natürlich auch übernommen. In Berlin steht den Abgeordneten auch der kostenlose Fahrdienst des Bundestages zur Verfügung. Rund 120 Fahrzeuge der „oberen Mittelklasse“ sind rund um die Uhr erreichbar und wie ein Taxi buchbar, mit nur einem Unterschied, dass der Fahrgast nichts bezahlen muss. Demokratie hat ihren Preis, schließlich sollen die Abgeordneten frei und unabhängig arbeiten

können. Warum es dann trotzdem immer wieder Mandatsträger gibt, die beispielsweise durch Maskendeals ihr Konto zusätzlich auffüllen, steht auf einem anderen Blatt.

Um die Kosten wieder reinzuholen, fallen dem Gesetzgeber immer wieder neue Ideen ein. Einem EU-Plan zufolge soll ab dem kommenden Januar für „selbst gebackene Muffins oder Kuchen, die auf Schulfesten und in kommunalen Kitas verkauft werden, Umsatzsteuer abgeführt werden.“ Diese Einnahmen werden den Brüsseler Haushalt und den der Bundesländer mit Sicherheit stark entlasten. Was für ein Blödsinn! *Quelle: BILD*

Mehr Platz im Bundestag

598 Abgeordnete sollen eigentlich im Bundestag sitzen, derzeit sind es 736. 299 Wahlkreise gibt es. Wer einen gewinnt, ist drin. Die weiteren Abgeordneten kommen über die Landeslisten der Parteien ins Parlament. Die Differenz von 598 zu 736 entsteht durch die Ausgleichs- und Überhangmandate, die dafür sorgen sollen, dass sich das prozentuale Wahlergebnis in der Sitzverteilung im Parlament widerspiegelt. Das ist sinnvoll und gerecht im Gegensatz zu anderen Ländern, wo es nur Direktmandate gibt und somit in den Parlamenten das tatsächliche Wahlverhalten nicht abgebildet wird.

Nun sollen die Überhangmandate abgeschafft und die Wahlkreise von 299 auf 280 verringert werden. „Außerdem sollen die Stimmen umbenannt werden, denn ein sehr großer Teil der Wähler weiß nicht genau, was Erst- und Zweitstimme bedeuten. Die Zweitstimme soll Listenstimme genannt werden, die Erststimme Personenstimme.“ Alter Witz im Wahllokal: „Herr Müller, Sie wissen, dass Sie auch eine Zweitstimme haben?“, „Ja, aber meine Frau wählt schon selbst.“ Durch die Neubenennung wird sich die Wahlbeteiligung in NRW und anderswo sicherlich signifikant erhöhen.

„Konkret bedeutet der Vorschlag: Nicht jede Person, die in einem Wahlkreis die meisten Erststimmen bekommen hat, bekommt auch das Direktmandat. Denn es gibt Direktmandate, die derzeit mit Ergebnissen weit unter der absoluten Mehrheit gewonnen werden.“ Das trifft auf die meisten Wahlkreise zu, selten erringt ein Abgeordneter mehr als 50 Prozent.

Diese Ampel-Vorschläge klingen noch nicht bis ans Ende gedacht. Wie auch immer die Reform ausgeht, sichergestellt muss sein, dass der Wählerwille im Parlament erkennbar bleibt. *Quelle: Deutschlandfunk*

Ed Koch